

Bezugspreis

Für Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 1,40 Mark, vierteljährlich 4,20 Mark, durch die Post 4,05 Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im omnibus Zeitungsverzeichnis unter 'Zeitungsgeld' eingetragen. Für unvorläufig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Zeitungsgeld' gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Verlags-Konto Leipzig Nr. 4600.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Abzug

wird, 3. Teilzahl, 30 mm Dr. Kassen-... 10% Aufschlag berechnet und in auf... Annehmlichkeiten a. allen Anzeigen... 11 Uhr, für die Sonntags-... 11 Uhr, Abbestellungen, soweit zu... müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint... 1. Mai, Sonntags 1 mal. Schriftl... a. Haupt-Verkaufsstelle: Halle, Neue Promenade 13, Dr. Braun-... 17. Lieben-Geschäftst. 1. Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 218.

Halle, Sonnabend, den 11. Mai.

1918.

Reichstanzler-Reise ins Hauptquartier.

Schwere Verluste englischer Regimenter auf den Somme-Schlachtfeldern. — Erfolgreiche Stoßtrupp-Unternehmungen in Mazedonien.

Hestige Infanteriekämpfe an der Somme.

Erfolgreiche Unternehmungen im Kesselgebiet. — Kämpfe um den Wald von Roeluy. — Erkundungs-gesuche an verschiedenen Stellen der Front. — Abermals schwere Verluste der Amerikaner.

Großes Hauptquartier, 11. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Kesselgebiet war die Heftigkeit zeitweise lebhaft. Wir führten kleinere Unternehmungen mit Erfolg durch. Französische Teilangriffe nördlich von Kemmel und bei Oter wurden abgewiesen.

Auf dem Schlachtfeld an der Somme entwickelten sich mehrfach heftige Infanteriekämpfe. Englische Regimenter griffen nach mehrstündiger Feuerwirkung unsere Linien im Walde von Roeluy vergeblich an. Ihre Angriffswellen erlitten in unserer Feuer schwere Verluste. Ebenso scheiterten nördliche Angriffe des Feindes gegen Sangard. Auf dem Westufer der Aisne sah der Feind im März von Givernois Fuß. Im übrigen brach auch hier kein Angriff blutig zusammen.

Erkundungsgesuche am Dier-Bone-Kanal, in der Champagne und nördlich von Bouchon-Mousson. Im Walde von Apremont wiesen wir den Vorstoß eines durch Pontiere und Flammenwerfer verstärkten französischen Bataillons ab.

Wir hatten Mühen, den Feind vor dem amerikanischen südwestlich von Apremont und nördlich von Parrey schwere Verluste zu.

Mazedonische Front.

Nordwestlich von Matowo drangen deutsche Stoßtrupps in die französischen Gräben und mochten Gelingen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

25 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 10. Mai. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge im Mittelmeer:

6 Dampfer und 2 Segler von zusammen über 25 000 Bunkertonnen Regier-Tonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der portugiesische bewaffnete Dampfer „Avelto“ (2203 B.R.-T.), mit Ladung Material und Waffen, sowie der englische Transportdampfer „Wells“ (5645 B.R.-T.), der aufstehend in Maton geladen hatte und unmittelbar nach dem Torpedotreffer unter gewaltigen Detonationen sank. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Versenkung von U-Boottransporten wurde schon hier gemeldet. Werde mit ihren Stellungen und den nötigen Vorkehrungen an Bord sind Sprung, beanspruchten also unverhältnismäßig viel Raum. Man pflegt sie deshalb nicht allein zu verschieben, sondern zur besonderen Ausnutzung der Tragfähigkeit des Schiffes zusammen mit Schwerkut als Staaladung, wozu sich Waffen, Geschosse, Stahlpatronen, Erde u. a. eignen. Auch wenn eine so wertvolle Ladung unterwegs nicht das U-Boot-Schiff erreicht, ist bei fehlenden U-Boottransporten der Verlust infolge der Unfertigkeiten der Seeerei ungewöhnlich hoch. Die New Yorker „Naval Gazette“ meldete kürzlich, daß von den amerikanischen U-Boottransporten durchschnittlich 33 a. S. infolge Seeschwärze und sonstiger Strapazen zugrunde gehen. Auch diese hohe Verlustziffer hängt mit unserer U-Boot-Tätigkeit zusammen; denn die Knappheit an Schiffraum nötigt unsere Feinde, die Tiere an Bord in ungeordneten Unterstüben eng zusammenzupacken.

Beratungen im Großen Hauptquartier.

WTB. Berlin, 11. Mai. Der Reichstanzler Dr. Graf v. Hertling und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. v. Kühlmann haben sich gestern Abend in das Große Hauptquartier begeben.

Die schwersten Tage kommen noch!

Zürich, 11. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Besichten Schweizer Militärbeobachter ist die in Paris und London herrschende Ansicht, die deutsche Offensiv sei zum Stillstand gekommen, absolut verfrüht. Wenn die Deutschen sich zurzeit eine kurze Pause erlauben, so habe das keine schließliche Gewähr. Ein genauer Beobachter der deutschen Strategien in den letzten Wochen wird angeben müssen, daß sich die schwersten Tage an der Westfront noch vorziehen und daß es als durchaus fraglich erscheinen muß, daß die

Truppen der Allierten dem Ansturm standhalten können werden.

Holländische Friedensarbeit in England?

Amsterdam, 11. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Aus politisch gut unterrichteter Quelle will man wissen, daß die Arbeit der nach London entsandten holländischen Diplomaten bereits einen Erfolg gezeitigt haben soll. Wie es heißt, ist die englische Regierung mit ihren Forderungen sehr weit zurückgegangen und bereit, Deutschland bestimmte Zugeständnisse zu machen. In holländischen politischen Kreisen rechnet man damit, daß schon die nächsten Tage über die Friedensfrage einige Aufklärung bringen und wahrscheinlich auch einige Friedenshoffnung aufkommen lassen werden.

Friedensaktion französischer Sozialisten?

Genève, 11. Mai. (Priv.-Tel.) „Humanité“ schreibt am Donnerstag: Nach zuverlässigen Informationen sei eine Friedensaktion der französischen Sozialisten mit Ausnahme der kleineren Gruppe um Thomas in der Kammer unmittelbar bevorstehend. Entschieden werde die Stellungnahme der französischen Gewerkschaften in dieser Frage sein, die in den Pfingsttagen erfolgen sollte.

Die neue amerikanische Freiheitsanleihe.

Rotterdam, 11. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Meldungen aus New York hat die neue amerikanische Freiheitsanleihe bisher 4% Mißerben gebracht.

Die Verwendung der amerikanischen Truppen.

Amsterdam, 11. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Aus New York erfahren holländische Blätter: In der Presse der Vereinigten Staaten wird lebhaft über die neue Verfügung diskutiert, die dahin geht, daß alle einberufenen Wehrpflichtigen sich an die Stellen zu begeben haben, die ihnen zugewiesen werden und daß nicht nur der europäische Kriegsschauplatz ihre Verwendung in Frage kommen brauche.

Die Kämpfe in Mazedonien.

WTB. Sofia, 10. Mai. Generalstabsbericht vom 9. Mai. Mazedonische Front: Zwischen Ohrida- und Prepa-See zerfielen wir eine französische Infanterieabteilung, die nach Artillerievorbereitung sich an deren Gräben zu nähern versuchte. Am selben Abend begann eine unserer Abteilungen in die feindliche Stellung auf dem Mt. Gal ein und schritt mit Gefangenen zurück. Im Norden von Wostiza, südlich der Cerna, beim Dorfe Stravina, auf dem Dorsopos und südlich von Huma war die Feuerartigkeit zeitweise heftiger. Unsere Posten beim Dorfe Sborsto und südlich des Bardar verjagten durch die Feuer angreifende serbische und englische Abteilungen.

Norwegens Neutralität.

Christiana, 10. Mai. Das Störching bewilligte gegen 18 sozialistische Stimmen 3 559 000 Kronen zu Zwecken der Neutralitätswahrung.

Die „Roten“ in Norwegen.

Christiana, 11. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Zu dem Vorhaben von roten Sachgen an die Nordküste berichtet man von der finnischen Grenze, daß dort schon seit einem Vierteljahr gewisse Kreise mit der Unzufriedenheit in Finnland in Verbindung standen und große Aktionen geplant worden sind. Schon vor einem Monat hat die norwegische Regierung sich veranlaßt, ein Polizeitruppenaufgebot nach der Nordküste zu senden und auch bei den Befehlshabern der Weissen Garde vorstellig zu werden, um deren Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Graf Luxburg wirklich auf der Heimreise.

WTB. Berlin, 11. Mai. Der deutsche Gesandte in Argentinien Graf Luxburg hat sich am 9. d. M. in Buenos Aires auf dem Dampfer „Buenos“ nach Deutschland eingeschifft. (Legats Depeschen siehe auch Seite 3.)

Erzbergerereien.

Der Erzberger geht um! Seitdem Matthias Erzberger in den Deutschen Reichstag als damals jüngstes Mitglied eintrat, ist er zumeist immer einer der rührigsten und arbeitsfamsten Parlamentarier gewesen. In seinen Namen knüpfen sich aber seit den Tagen, wo er sein Amt als Vizepräsident im kleinen württembergischen Büttchenhau in jugendlichen Alter von noch nicht 25 Jahren niederlegte, am lieb ganz der großen Politik zu widmen, allerlei Erinnerungen, die nicht durchweg zu den schönsten Blättern der Geschichte des Deutschen Reichstages gehören. Es gab Zeiten, wo ein wichtiger Einfluß Erzbergers Macht im Zentrum zurückgedrückt hatte und er selbst flug genug war, sich im Hintergrund zu halten. Und es gab andere Zeiten, wo er der eigentliche Hauptling und Führer der zweitstärksten Partei des Reichstages, des Zentrums, zu sein schien. In Württemberg gab man ehnen Rubeln seinen Namen, fuhr in Extrazügen zu den von ihm veranstalteten Versammlungen, in Berliner Amtsstuben tauschte man mit Ehrerbietung und Aufmerksamkeitsvoller Aufmerksamkeit über von ihm in reichlichen Portionen ausgeteilten Weisheit, stellte ihm in diefer an Sommertagen so armen Zeit ein Auto zur Verfügung und ließ ihn mehrfach amtlige Reisen ins besetzte und neutrale Ausland machen, so daß ein Mitglied die Gattin Erzbergers kürzlich sprechen lassen konnte: „Matthias, fuhr wieder zu Friedensverhandlungen in die Schweiz und bring' Seife mit.“ Wer will sich dabei wundern, daß dem arbeitsamen Erzberger schließlich ein Gefühl einer gewissen Gottähnlichkeit bejeit?

Sein rastloser Geist, der ihn so oft schon aufs Glatteis führte, hat Erzberger gerade in jüngerer Zeit wieder Wege wandeln lassen, die die Aufmerksamkeit von seiner gegen anerkannten Arbeitsfreudigkeit ablenken, und die die Ursache sind, daß man sich erneut mehr mit der Qualität als mit der Quantität der Erzbergerereien beschäftigt. Er, der Könige machen und Kanzler stürzen möchte, hat eine Auseinandersetzung mit seinem ehemaligen Parteifreunde, dem Grafen von Hertling, gehabt, die das größte Aufsehen erregt. Erzberger soll nach Ansicht des Reichstanzlers von Hertling diesen über eine seiner mysteriösen Reisen ins Ausland — die unfruchtbarste Reise nach Wien — belogen haben. Nicht getuschelt, sondern scharf und recht belogen! Es hat sich daraus zwischen Kanzler und Erzberger eine Korrespondenz entwickelt, in der der letztere die Rolle der gekränkten Eitelkeit eines verlassenen Genies spielen konnte. Dieser Briefwechsel ist nicht ohne Genuß zu lesen: Auf der einen Seite der Parlamentarier, auf der anderen Seite der in der Politik ergrante Gelehrte, der seinen Parteifreund ansehender auf genaueste kennt. Wer aber glaubt, aus den schriftlichen Erzbergerereien Näheres zu erfahren, irrt. Es ist ein Drumrum-Gerede, das den Eindruck macht, als ob es von vornherein zu einer späteren Veröffentlichung, die jetzt erfolgte, bestimmt war. Schon das kann die Korrespondenz nicht sympathisch machen. Man wird sie auch mit als Ausgangspunkt der Angriffe ansehen dürfen, die Erzberger im Hauptauschuß des Reichstages gegen die Regierung gerichtet hat.

In der Ukraine war es zu Vorparlamenten gekommen, die die Kritik herausforderten. Diese Kritik wurde auch reichlich geübt. Vor allen Dingen aber machte es den Eindruck, als ob Reichs- und Landesparlamentarier in Wien sich einander gegeneinander standen und nicht so harmonisch miteinander arbeiten, wie das gerade in einer so wichtigen Stelle erforderlich ist. In der großen Auseinandersetzung im Hauptauschuß des Reichstages, in der der Vizekanzler von Payer die Haltung der Regierung rechtfertigte, verteidigte er auch das Auftreten der Heeresleitung, und sprach es mit aller erwünschten Klarheit und Deutlichkeit aus, daß zum mindesten während seiner Amtszeit von einer unethischen Beauftragung der Regierungsgeschäfte durch das Militär keine Rede sein konnte. Diese Erklärungen mußten genügen, sie müßten zum wenigsten für die Mehrheit genügen, wie anders Hertling und Payer noch als ihre Vertrauensmänner angesehen werden sollten. Darum handelte es sich, um nichts anderes. Die Ernennung Payers und Hertlings wurde allgemein als der Beginn einer Regierung aufgefaßt, bei der das Parlament mehr zu seinem Recht kommt. Die ehemaligen Parlamentarier müssen wollen, wenn sie nicht mehr von ihren Parteien gehalten werden! Sie haben aber nach wie vor das Vertrauen derjenigen Par-

Die Umsatzsteuer im Hauptausfluß.

Der Kampf um die Besteuerung des Luxus, — Ausnahmestellung der Lebensmittelumfätze? — Die Bedenken gegen die Luxussteuer.

In der fortgesetzten Aussprache des Hauptausflusses des Reichstages über die Umsatzsteuer begrüßt Abg. Reil (Soz.) die vorgeschlagenen Steuererleichterungen für den Lebensmittelverkehr, deren Annahme die Stellung seiner Partei zur Vorlage wesentlich verändern werden. An sich habe die ganze Steuer mit Berechtigung nichts zu tun. Das Bestreben seiner Partei gehe deshalb dahin, den Wirkungsbereich des Gesetzes möglichst einzuschränken.

Abg. Erzberger (Zentr.): Wie will man die Lasten des Letzteren eines großen Wertes ansehen? Es wäre ungerade, die Einkommen solcher Umständlichen über eine gewisse Grenze hinaus von der Umsatzsteuer frei zu lassen. Abg. Gotthein (Rp.): Die Unbilligkeiten müssen im Wege der Einkommensteuer beseitigt werden.

Die Lösung dieser Fragen und ihrer Einzelheiten soll in einem Unter-ausschuß erfolgen. Abg. Dr. Jung (Natl.) stellte als Berichterstatter die Frage zur Vorrede, ob ein

Einstellung der Warensumme

nach bestimmten Kategorien erfolgen solle. Abg. Erzberger (Zentr.) schloß die Einteilung der Waren in drei Gruppen vor: Lebensmittel, andere Waren, Luxusgegenstände. Bei der bisherigen niedrigen Umsatzsteuer war die Unterscheidung nicht nötig, wohl aber jetzt, wo man eine Veranschlagung der Steuer plant. Bei den unbedingt notwendigen Waren sollte man es bei dem bisherigen Steuerfuß belassen. Dazu rechnen wir Getreide, Fleisch, Fische, Gemüse und die daraus hergestellten Waren. Andererseits zieht die Vorlage den Begriff Luxus zu eng. Damit würde man einen Teil der Luxusindustrie übersehen. Man würde aber, wenn die Verschärfung des Gesetzes sich verschiebt, den gemäßigten Steuerertrag nicht erreichen. Die französische Besteuerung des Luxus geht viel weiter. Man sollte auch Artikel, die an sich keine Luxusgegenstände sind, wegen ihrer teuren Preise aber Luxusgaben darstellen, einer erhöhten Umsatzsteuer unterwerfen.

Reichssekretär Graf v. Söden: Die steuerliche Begünstigung der Lebensmittelumfätze würde den finanziellen Ertrag der Steuer ganz wesentlich beeinträchtigen. Außerdem bedeutet eine solche Unterabgrenzung eine starke Belastung der Betriebe. Die Kontrolle wird kaum durchführbar sein. Schon die bisherigen Erfahrungen mit der Kontrolle der Warenumsätze waren nicht gerade glänzend, und vielfach hat die Kontrolle verlagert. Aus diesem Grunde haben wir auch eine Ausdehnung der Luxusbesteuerung während des Krieges nicht vorgenommen. Die Beschränkungen wegen des Rückganges im Verbrauch von Schmuckgegenständen ist nicht gerechtfertigt. Wahrscheinlich werden die Nachbänder gleichfalls Luxussteuern einführen, so daß eine wesentliche Einschränkung des Verbrauches nicht zu befürchten ist. Abg. Reil (Soz.): Die Ansetzung, die Lebensmittelumfätze, wie bisher mit 1 auf das Tausend zu den Steuern heranzuziehen, ist sehr beachtenswert. Sehr schwierig wird die

Kontrolle des Auslandsverkehrs in Rohstoffen sein, da schon jetzt ein beträchtlicher Teil dieses Verkehrs in den Händen der Schuggüter liegt. Das spricht zwar an sich nicht gegen jede Besteuerung, wohl aber gegen eine Besteuerung in solcher Höhe.

Abg. Meierfeld (Soz.): Unsere Stellung zum Gesetz ist abhängig von der Ausnahmebehandlung der Lebensmittelumfätze. Ob der Ausfall durch eine Erweiterung der Luxusbesteuerung ausgeglichen werden kann oder nicht, ist für uns nicht entscheidend. Wir denken ja noch an eine

Ausgestaltung der Besteuerung.

Abg. Waldstein (Rp.): Grundsätzlich ist, daß die Sozialdemokratie sich nicht mehr grundsätzlich gegen die Umsatzsteuer wendet. Eine Ausnahmebehandlung der Lebensmittelumfätze würde weitere Ausnahmebehandlungen zur Folge haben, und mit demselben Recht könnte der gesamte Lebensbedarf eine steuerliche Begünstigung ver-

langen. Luxus ist ein Begriff, der nur bestimmten Gegenständen anhaftet. Viel besser erfaßt man den Luxus durch eine Besteuerung des Luxusvermögens. Schafft man aber einmal die Besteuerung des objektiven Luxus, so sollte man wenigstens eine Preisgrenze ziehen, denn sonst stellt die Industrie in der Hauptsache nur Laps unter dieser Preisgrenze her. Die ganze Umsatzsteuer einschließlich der Luxussteuer ist ein Versuch. Deshalb sollte man das Gesetz zeitlich begrenzen.

Abg. Arnold (Rp.): Die Thüringische Industrie wird

durch die Luxussteuer schwer getroffen werden. Gerade der starkste Absatz ist hochwertiger Luxus- und Kunstgegenstände hat die Industrie groß gemacht. Abg. Wittum (Natl.): Die Luxussteuer ist nicht mehr zu umgehen. Das Luxusgewerbe selbst bekennt es nicht. Aber man sollte wenigstens die Wünsche der Industrie sorgfältig prüfen. Die vorgeschlagene Besteuerung der Goldwaren ist geradezu abenteuerlich. Die den Weltmarkt beherrschende Nürnberger Industrie würde ihre Stellung verlieren.

Ein Vertreter des Reichsfinanzamts betonte, daß mit dem Begriff des Lebensbedarfs nichts anzufangen sei. Das gilt aber auch von den Lebensmittelumfätzen. In sich ist sich doch der Reichstag einig über

die Notwendigkeit einer Luxussteuer.

Soweit wie in Frankreich können wir jetzt in der Kriegszeit nicht gehen. Eine Beschränkung hinsichtlich der Artikel und der Geschäfte ist notwendig. Nach dem Kriege können wir uns dann eine Erweiterung überlegen. Eine zeitliche Beschränkung des ganzen Gesetzes wäre unzumutbar wegen des darin liegenden Moments der Unsicherheit. Abg. Rupp (D. Fr.) ist von diesen Darlegungen nicht überzeugt. (Schlußruf eine

Ausnahmebehandlung der Lebensmittel

nötig und zweckmäßig. Auch die angetragte Erweiterung der Luxussteuer würde die Geschäfte nicht mehr belästigen als es die von der Regierung vorgeschlagene Besteuerung tut.

Abg. Waldstein (Rp.): Der Sonderbehandlung der Lebensmittelumfätze können wir zu, da dies eine Wiederrück der Steuer wäre. Der Luxussteuer, auch wenn sie vollständig sind, stehen wir mit Bedenken gegenüber, denn sie hemmen die Entwicklung zu einem besseren Geschick. Notwendig ist eine zeitliche Beschränkung der Steuern.

Abg. Erzberger (Ztr.): Die Kontrolle ist überhaupt schwierig, auch wenn die Nahrungsmitteleinfuhr nicht besonders behandelt werden. Alle Steuern müssen sich erst einleben.

Abg. v. Brodhagen (Kon.) lehnt eine Befristung des Gesetzes ab, bevorzugt aber eine Ausnahmebehandlung der Lebensmittel.

Abg. Reil (Soz.): Die Einführung der Luxusbesteuerung soll die an sich hohe Umsatzsteuer dem Volke schmackhafter machen. Aber die

Luxussteuer wird nicht viel einbringen.

Die ganze Umsatzsteuer ist weder sozial noch national zu begründen, da der Grundsatz der Leistungsfähigkeit bei ihr nicht beachtet wird. Die steuerliche Befreiung der Nahrungsmitteleinfuhr bedeutet einen Vorzug. Man sollte diese Befreiung auch anderen Gegenständen des Lebensbedarfs, z. B. der Rohstoffe, gewähren. Dieser soll man entsprechende Gegenstände höher besteuern. Der Luxus ist an sich nicht vorzuziehen. Aber die überflüssigen unwirtschaftlichen Ausgaben müssen im Interesse der Allgemeinheit möglichst eingeschränkt werden. Besser als die willkürliche Ausweitung von Luxusgegenständen wäre eine allgemeine Aufwandssteuer.

Abg. Gotthein (Rp.): Will man den Luxus wirklich besteuern, so muß man eine ganz andere Steuerform wählen.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Kaiserbrief und französische Kammer.

Berlin, 11. Mai. Die Schlußsitzung des französischen Kammerausflusses wegen der Sache Armand-Revereterra nahm einen sehr bewegten Verlauf. Die große Mehrheit der Mitglieder verließ, wie berichtet wird, den Saal vor der Abstimmung.

Die Getränkesteuer.

Der Reichstagsausfluß für die Beratung der Getränkesteuern setzte am Freitag die erste Lesung der Weinsteuer fort. Ein fortschrittlicher Antrag, der die Steuerbehörde verpflichtet, über die erfolgte Anmeldung von Weinvorräten eine Bescheinigung auszustellen, wurde angenommen, ein weiterer fortschrittlicher Antrag aber abgelehnt. Der Vereinigungen und Gesellschaften nur insoweit der Angelegenheit unterworfen wird, als sie Wein an Nichtmitgliedern abgeben. Am übrigen wurden an der Vorlage nur unwesentliche Änderungen angenommen. Der Ausschluß ging dann zur Frage des Weinsolles über. Das Zentrum beantragte höhere, die Konfessionen niedrigere Sätze, als die Regierungsvorlage sie vorsieht. In der Abstimmung wurden die Sätze der Vorlage zwar angenommen, jedoch wurde diese Abstimmung als unverbindlich für die weiteren Lesungen bezeichnet.

Zusatzvertrag mit Rumänien.

Ein umfangreicher, nunmehr gleichfalls veröffentlichter deutsch-rumänischer rechtspolitischer Zusatzvertrag zum Frieden von Bukarest regelt die Herstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, den Erlaß von Kriegssachen und Zivilsachen, den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, den Erlaß von Amnestien sowie die Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Fußgänger und sonstigen Personensachen bis in alle Einzelheiten. Wir heben daraus die Bestimmung hervor, welche den Erlaß von Kriegssachen behandelt. Sie lautet:

Rumänien verzichtet auf den Erlaß der Schäden, die auf seinem Gebiete durch deutsche militärische Maßnahmen mit Einschluß aller Requisitionen und Kontributionen entstanden sind.

Die Beträge, die Deutschland für Schäden der im Absatz 1 bezeichneten Art bereits bezahlt hat, werden von Rumänien erstatet werden, soweit sie nicht aus Bundesmitteln erstatet oder mit neu ausgegebenen Noten des im Artikel 5 erwähnten Banca Romana (Notenausgestellte) bezahlt worden sind.

In dieser Bestimmung ist eine Art indirekter barer Kriegsentgeltung zu erblicken, die Rumänien an uns zu zahlen hat. Ihr Betrag wird auf rund eine Milliarden Mark beziffert. Rumänien seinerseits hat den Deutschen alle Schäden zu ersetzen, die ihnen auf seinem Gebiete durch militärische Maßnahmen einer der kriegführenden Mächte entstanden sind. Zitiert werden sollen von beiden Teilen in angemessener Weise erstatet werden. Auch ökonomisch zugängliche Verluste an Leben, Gesundheit und Freiheit sind zu entschädigen. Ein besonderes Kapitel ist der Fürsorge für Rückwanderer gewidmet. Endlich werden die deutschen Kirchengemeinden und die deutschen Schulen in Rumänien als dort zu Recht bestehend anerkannt; bestimmte Befugnisse werden ihnen ausdrücklich zugesichert. Auch Maßnahmen zur Sicherstellung der in diesen Verträgen übernommenen finanziellen Verpflichtungen Rumäniens sind nicht vergessen worden.

Allerlei echt Amerikanisches.

Berlin, 10. Mai. In den letzten Tagen sind wieder einige amerikanische Zeitungen herbeigekommen. Sie zu lesen, lohnt sich für diejenigen Deutschen, denen es trotz aller herrlichen Erfolge unserer Armee und trotz täglich vermehrter Wirkung anderer Unvoll-Krieges immer noch nicht schnell genug vorwärts geht. Die vier Nummern der „New York Times“, des größten und angesehensten Blattes des Nordens der Vereinigten Staaten, vom 20. März bis 3. April erzählen ihren amerikanischen Lesern u. a.

ten, aus denen sie hervorgegangen sind. Erzbergers Vorbehalt kann deshalb auch nur als Privatartikler angesehen werden. Es ist unnötig, wenn in einem Teile der rechtsstehenden Presse von einem „Kampferlebnis“ der Verständigungspolitik gesprochen wird, es ist auch unnötig, von einem „neuen Anstrich auf das Siegesdenkmal“ des deutschen Volkes zu reden. Der Kampf dreht sich um die Person des Abgeordneten Erzberger, wenn er auch den einen oder anderen seiner politischen Freunde hinter sich hat. Er ist es gewesen, der im Hauptausfluß den folgenden Antrag gestellt hat:

Entscheidungen in allen die Offiziere betreffenden politischen und wirtschaftlichen Fragen dürfen nur nach vorheriger aus schließlich in Form eines Reichstages getroffen werden.

Die Friedensverträge von Versailles sind in vollem Umfang sowohl dem Wortlaut als auch dem Sinne nach aufrecht zu erhalten.

Zur Erreichung einer raschen und ansehnlichen Getreidelieferung sind die in Art. 7 Ziffer 1 des von Versailles mit der Ukraine abgeschlossenen Friedensvertrages vorgesehenen Ausnahmestellen der Ukraine mit unzulässiger Beschränkung zur Verfügung zu stellen. Die politischen und militärischen deutschen Stellen haben sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse der Ukraine zu enthalten.

Das Ausland wird diese „Kühnheiten“ selbstverständlich zu kassieren, als ob bisher die Entscheidungen im Osten ohne Zustimmung des Reichsfinanzamts erfolgt wären. Das ist Kaiser auf die Mühe derjenigen unserer Feinde, die immer noch von dem Militarismus Deutschlands reden, der vernichtet werden muß. Nach den Erklärungen Papens müßte an solcher Antrag auch zu aufgehoben werden, als ob der Reichstag den gegebenen Darlegungen keinen Wahrheitswert beimißt. Und ebenso verdrößlich müssen auch die beiden weiteren Absätze der Erzbergerischen Richtlinien erscheinen. Aus Zentrumskreisen ist bereits betont worden, daß die Zentrumspartei mit der neuesten Erzbergerlei nichts zu tun hat. Man ist in aller Form von den Richtlinien des sich gern als Führer gebärdenden Abgeordneten abgerückt.

Erzberger hat, darüber können die zahlreichen nachträglichen Veröffentlichungen nicht hinwegtäuschen, Böses gewollt, aber Gutes erzielt. Sein Auftreten hat praktisch dazu geführt, daß die Regierung Hertling-Papen in Vertrauen und Vertrauen in dem Parteien, aus denen diese Männer hervorgegangen sind. Die neueste Rundgebung des Vorsitzenden der Zentrumspartei besagt in ihrem letzten Satze: „Die Männer der Regierung, welche wesentlich durch das Vertrauen der Zentrumspartei unterstützt, in ihr Amt kamen, haben nach wie vor das volle Vertrauen der Partei.“ Eine ähnliche Erklärung habe gestern bereits die „Freisinnige Ztg.“ für die fortschrittliche Volkspartei abgegeben. Immerhin wird es zu sein, wenn die Zentrumspartei den Tag führender Blätter der eigenen Richtung beherzigt und dafür sorgt, daß es nicht bald wieder heißt: Der Knabe Erzberger fängt an, uns fürchterlich zu werden. Eine erspriehliche Arbeit der jetzigen Regierung ist schließlich nur möglich, wenn die Parteien hinter den von ihnen entsandten Politikern stehen. Reicht das Vertrauen dazu eines Tages nicht mehr aus, dann kann es nur einen Rücktritt dieser Männer geben. Eine dritte Lösung gibt es nicht.

Die Erzbergerischen sind mit besonderer Liebe und Gründlichkeit in den letzten Tagen von rechtsstehenden Organen behandelt worden. Der Grund hierfür ist durchsichtig und liegt auf der Hand: Erzberger sollte als Sturmbock für die eigenen Wünsche und Pläne gegen die Regierung benutzt werden. Auch diese Hoffnung ist gescheitert.

C. H.

Der Fürst von Hohenzollern über Rumäniens Politik.

Telegrammwechsel mit dem Reichskanzler.

Berlin, 11. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Dem Reichskanzler Dr. Grafen von Hertling ist folgendes Telegramm des Fürsten von Hohenzollern, der bekanntlich ein Bruder des Königs von Rumänien ist, zugegangen:

Der Friedensschluß mit Rumänien bietet mir die willkommenen Gelegenheit, Eu. Erfolge meiner mühenreichen Tätigkeit in diesen neuen Erfolge deutscher Politik auszusprechen. Möchten die deutschen Waffen sich aus dem irregulierten Feinde einen erneuten Freund erlangt haben, möge Rumänien von neuem ein Vorposten wahrer westlicher Kultur werden, möge die wichtige Donaustraße ein Band gemeinsamer Interessen um alle angrenzenden Länder schlingen, möge die große mitteleuropäische Handelsstraße allen Segen bringen von Paris zum Meer.

gr. Wilhelm, Fürst von Hohenzollern.

Der Reichskanzler hat hierauf geantwortet: Eu. Königlich-hohenzollernische Freundschaft ist für die ehrenvollen Glückwünsche zum rumänischen Frieden zugleich im Namen meiner Mitarbeiter ehrenvollster Dank. Mit Eu. Königlich-hohenzollernischen Freundschaft hoffe ich, daß sich nunmehr ein Verhältnis zu Rumänien entwickeln wird, das sowohl uns wie dem bisherigen Feinde zum Segen gereicht und durch seine Förderung gemeinsamer Interessen eine ruhige und glückliche Zukunft gewährleistet.

gr. Graf von Hertling.

Wechsel in der Umgebung Kaiser Karls.

Wien, 10. Mai. Der Kaiser genehmigte die aus Gesundheitsrücksichten erbetene Entsendung des Ersten Oberbefehlshabers Prinz von Konrad von Hohenlohe unter Bezeichnung des Großkreuzes des Stefan-Ordens und ernannte den Grafen Joseph Hudnag zum Ersten Oberbefehlshaber. Der Kaiser gab ferner der aus Gesundheitsrücksichten gestellten Bitte um Entsendung des Generaladjutanten General der Infanterie Freiherrn von Parrezer zum Amt des Chefs der Militärkanzlei statt. Überreichte ihm in der letzten Audienz dem Großkreuz des Leopold-Ordens mit der Dekoration und ernannte den bisherigen Stellvertreter des Chefs der Militärkanzlei, den Obersten im Generalstab des 1. Armeekorps Generalmajor von Füller-Dobeleits zum Generalmajor und Generaladjutanten. Füller ist zum Nachfolger Parrezers bestimmt.